

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich
6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark
auschl. Zustellungsgebühr. Einzel-
nummer 15 Pf. Bestellungen werden
von allen Reichspostämtern angenom-
men. Im amtl. Zeitungswesen
erhalten unter **Zeitung** Zeitung
eingetragen. Für unerlangt eingegan-
genen Manuskript wird keine Gewähr
übernommen. Außerdem nur mit der
Quellenangabe „Zeitung“ gestatt.
Sernr. der Schriftleitung Nr. 1142
u. 1418, der Anzeigen-Abt. Nr. 1132
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Zeitung

Dreizehntägiger Jahrgang.

Anzeigen
werden 0.40 pro Spalte 34 mm br. Milli-
meterzeile oder deren Raum mit
20 Pf. berechnet u. in unseren An-
zeigensystemen u. allen Anzeigenge-
büsten angenommen. Bekanntes
die 92 mm br. Millimeterzeile 60 Pf
Anzeigen - Annahmestunde vom
11 Uhr, für die Sonntags-Nr. ab 6
Uhr. Abbestellungen, soweit zu-
lässig, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungsort: Halle. Erscheint
täglich 2 mal, Sonntags 1 mal. Schrift-
leit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle,
Neue Promenade 16. Gr. Geschäfts-
hausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.:
Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 321.

Halle, Sonnabend, den 12. Juli.

1919.

Appell an die Eisenbahner im Landtage.

Beginn des Heimtransportes der Kriegsgefangenen am Montag.

Amtliche Mitteilung der Ratifikation an Clemenceau.

WTB. Berlin, 11. Juli. Der Vorkonferenzen der deutschen Friedensdelegation in Frankfurt. Regenerat Reichler von Berner, übermittelte dem Ministerpräsidenten Clemenceau am Donnerstag vormittag folgende Note:
„Euer Excellenz beziehe ich mich, im Auftrag der deutschen Regierung mitteilen, daß der deutsche Reichspräsident die Ratifikationsurkunde zu dem am 28. Juni unterzeichneten Friedensvertrage, den dazu gehörenden Protokollen und der am gleichen Tage unterzeichneten Vereinbarung über die militärische Wirkung der Rheinlande nach erfolgter Zustimmung der geltend gemachten Bevollmächtigten des Reiches am 11. Juli vollzogen hat. Die Ratifikationsurkunde ist mit bestem Eifer nach Berlin abgegangen und wird von mir nach ihrem Eintreffen alsbald überreicht werden.
Die deutsche Regierung stellt nunmehr der Mitteilung über die Aufhebung der von den alliierten und assoziierten Mächten gegen Deutschland beschlossenen Besatzungsmaßnahmen entgegen. Sie gibt sich ferner der Erwartung hin, daß nunmehr auch die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen unverzüglich in die Wege geleitet wird, und bittet, um auch hierüber baldmöglichst Nachricht gegeben werden zu wollen.“

Der Heimtransport der deutschen Kriegsgefangenen.

Genf, 11. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Eine Hausbesuche meldet, daß Clemenceau den Befehl gegeben habe, mit der Abtransportierung der Gefangenen am Montag früh zu beginnen. Die Übergabe der Gefangenen wird im rechtsrheinischen Gebiet erfolgen. Mit der Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen wird tatsächlich auch nach anderen Meldungen in der kommenden Woche begonnen werden und es werden regelmäßig täglich eine Anzahl Züge aus französischem und belgischem Gebiet nach Deutschland abgehen.

Reichsminister Schmidt über den Brotpreis.

WTB. Weimar, 11. Juli. (Drahtnachricht.) In der Sitzung des Ausschusses für Volkswirtschaft der Nationalversammlung wurde die Beratung der Verordnung über die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und für Schlachtvieh fortgesetzt. Reichsminister Schmidt erklärte im Beginn der Verhandlungen, daß sein gestern mitgeteilter Bericht im Kabinett beraten wurde und dort Zustimmung gefunden habe. Danach soll der Betrag, der notwendig ist, um den Brotpreis auf der alten Höhe zu halten, aus Reichsmitteln gedeckt werden, jedoch der vorgeschlagene Preis für Roggen 45 M. in Wachsen, Köln, Frankfurt a. M., München, Stuttgart, 410 M. in Hamburg, Erfurt usw. nach dem Vorrecht der Regierung festgesetzt wird. Der Roggenpreis soll erst bis zum 1. Oktober 1919 geändert werden; bis dahin in der Preisfrage eine andere Regelung einzutreten sein sollte, wird die Regierung auch neue an den Volkswirtschaftsausschuss zur Beratung und Beschlußfassung herantragen. Der Minister erklärte, diesen Vorschlag anzunehmen und dem vorgelegten Verordnungsentwurf die Zustimmung zu geben. In diese Mitteilung knüpfte sich eine längere Erörterung, sowohl über die Preisfragen als auch über die Produktionsförderungsfragen und über die Produktionserhöhung (Freiheitspremiere).

Die Haltung des Kabinetts zur Wirtschaftslage.

WTB. Berlin, 11. Juli. Über die Haltung des Kabinetts zur freien oder gebundenen Wirtschaft ist wieder die Unabwieslichkeit des in einschlägiger Weise die Währungsleitung einer in Frankreich freien Wirtschaft nicht abgelehnt, andererseits will man die deutsche Volkswirtschaft nicht nach einem bestimmten System regeln. Das Kabinett wünscht nicht noch einen weiteren Schritt zur gebundenen Wirtschaft zu machen. Wenn die Wirtschaft jetzt aufgegeben wird, kann sich eine Reihe wirtschaftlicher Maßnahmen nicht mehr durchführen lassen. Tatsache ist, daß der Personalstreik zur Verhängung von Protesten aus dem Ausland vielfach erheblich teurer und vorteilhafter arbeiten kann, als im Rahmen einer gebundenen Wirtschaftssystem möglich wäre. Auf der anderen Seite hat sich ergeben, daß in verschiedenen Branchen, Tabak usw., der reine Personalstreik der Fabrikanten nicht ausreicht. Hier wird die Arbeitslosigkeit durch Zusammenbruch der Fabrikanten und durch finanzielle Mittel erhöht werden müssen. Es ist also unumgänglich, nach einem anderen System zu handeln. Nur gewisse Möglichkeiten wird man ausfinden müssen. Auszuweichen wird man sich Wohlgefallen für die Einbuße auszuhalten. Dagegen wird man insbesondere die Bedürfnisse der Kinder, demissionieren in Textil und Bekleidungs bei dem großen Protest auf diesem Gebiet, ferner zu bedenken haben. Grundprinzip muß sein, daß keinerlei Arbeitslosenprobleme durch gelöst werden, welche die Gesellschaften erschweren könnten.

Ein Wort zum demokratischen Parteitag.

Generalsekretär Wilhelm Hecht-Frankfurt (Main).
Der Friede ist unterzeichnet, aber seine Schwere ist anscheinend dem ganzen Volke noch nicht zum Bewußtsein gekommen. Die Blockade und die Kriegsfolgen liegen das deutsche Volk innerlich und moralisch zusammenbrechen. Dennoch, wenn wir ein Erfolgebuch haben müssen, so ist es für den, der hören und sehen will, das das Volk gänzlich streben, neue Linien für eine politische und wirtschaftliche Entwicklung zu finden. Der Kampf, der hinter den Kulissen in allen Parteien ausgefochten wird, dreht sich darum, ob eine schematische alte Parteibureaucratie am Ruder bleiben oder an Stelle dessen ein von innenbürgen Geist und von dem Gewissen der praktischen Vernunft durchgeführtes Parteivolk treten soll, das dann tatsächlich die Verwirklichung wahrer Demokratie bedeuten könnte. Diesem sind alle Alte und Junge, die um diese Gedankengänge gegenständig ringen, die einen, groß geworden in den parlamentarischen Formen des Obrigkeitsstaates, die anderen, geläutert durch die Erfahrungen vier schwerer Kriegsjahre.
Dieser Kampf wird auch in der Demokratie ausgefochten werden. Da ist es einmal vielfach wertvoll, sich die Gedankengänge ins Gedächtnis zurückzurufen, die uns in den Revolutionärsagen in die neugegründete demokratische Partei hineingeführt haben. Für politische Ehrgeizige wäre es damals leichter gewesen, Novemberrevolutionen zu werden. Wenn es aber innerlich ernst ist mit seiner politischen Überzeugung der konnte nicht einer Partei beitreten, die auf dem wissenschaftlich überlebten Standpunkt des Erörterer Programms die Ausschaltung der Personalität aus dem Wirtschaftsebenen und reinen Klassenkampf predigte. Was wir von der demokratischen Partei damals erschaffen, war, daß sie eine soziale und demokratische radikale Reform-Partei wurde, die den Gedanken der Zeit: die soziale Revolution erstrebt, und somit zur politischen Führerin wurde.
Die demokratische Partei mußte bei ihrer Gründung sich entscheiden, ob sie dem großen Gedanken der Beherrschung oder dem der Veränderung sich verschreiben wollte. Wäre das erste der Fall gewesen, so hätte sie sagen können, die großen demokratischen Gesichtspunkte: das Wahlrecht u. a. mehr, sind durch die Revolution erreicht. Und was noch zu tun bleibt, ist Ausbau von Kleinigkeiten. Im großen Ganzen wollen wir uns darauf beschränken, das, was wir haben, zu behalten, und dann etwa im Sinne der englischen Konventionen in kluger Taktik das nachgeben, was dem Drängen des Volkes nachgegeben werden muß. Die demokratische Partei konnte sich aber auch dem zweiten verschreiben, den politischen Fortschritt aufzunehmen und als Führerin der in der Folge unumgekehrten, aber desto lebendiger gefühlten Gedanken, bestimmend werden in der sozialen Revolution. Auf jeden Fall mußte aber die Partei verstanden, eigene Wege zu schaffen und führen zu werden.
Die Partei hat es nicht verstanden, sich weder in dem einen noch in dem anderen Grundsatze voll auszuhalten. Sie begnügte sich, in der Regierung das berühmte Jünglein an der Waage zu stellen. Sie hat aber trotz dieser günstigen Stellung nicht die Führung in der Regierung an sich genommen.
In laatsrechtlichen Fragen waren wir von jeher eine radikale Haltung der Demokratie gewohnt. Das ist auch leichter, denn das kostet nichts. In der Stellungnahme zur dreijährigen Legislaturperiode ist aber die demokratische Partei sogar in diesen Fragen zurückgewichen. In sozialen Fragen kann noch weniger davon geredet werden, daß die Stellung der Partei befriedigt.
Dabei muß aber gefolgt werden: der Terror der radikalen Sozialisten und die Unfähigkeit des Sozialismus, seine Versprechungen zu erfüllen, haben heute bereits in der Masse verarbeitete, daß in dem Augenblick, in dem die demokratische Partei es verstehen würde, den sozialen Wünschen, die in ihr schlummern, Rechnung zu tragen, sie den allerschwersten Schritt aus den Kreisen der Abhängigen, der Arbeiter, Angestellten und Beamten haben würde.
Ich verkenne dabei nicht, daß bei der Zusammensetzung der Partei, die keine Klassenpartei ist, es manchmal nicht leicht sein wird, Gegenstände auszuwählen. Viel trägt dazu bei, daß Arbeitgeber, die sich Demokraten nennen, der bezug bei, daß Arbeitgeber, die sich Demokraten nennen, der

Vor der Aufhebung der Blockade.

WTB. London, 11. Juli. (Drahtnachricht.) Das Kaiserliche Reich erklärt amtlich, daß die Blockade gegen Deutschland im Augenblick aufgehoben werde, in dem die Dokumente, die die Ratifikation des Friedensvertrages bestätigen, den alliierten und assoziierten Mächten in Paris formell zugegangen sind. Die Aufhebung der Blockade gegen Deutschland hat keinen Zusammenhang mit dem Abschluß von Friedensverträgen mit den anderen kriegführenden Mächten. Die Aufhebung der Blockade wird notwenig zur Folge haben, daß auch die Handelsbeziehungen aufgehoben werden.
WTB. Belgrad, 11. Juli. (Drahtnachricht.) In Belgrad ist ein Ausbruch der Salenarbeiter ausgebrochen, welcher sich auf 400 und andere Belegschaften ausdehnen droht. Die Arbeiter fordern den Aufständigen und höhere Lösung.

Ende des Niederländischen Ueberseetrusts.

WTB. Haag, 11. Juli. (Drahtnachricht.) In der heute abgehaltenen Sitzung der Aktionäre des Niederländischen Ueberseetrusts wurde beschlossen, den ausübenden Ausschuss zur Liquidation der Gesellschaft zu ernennen, wobei er den richtigen Augenblick dafür bestimmen soll. Das im Dezember 1918 zwischen den niederländischen Ueberseetrust und den Entente-regierungen abgeschlossene Abkommen tritt in dem Augenblick außer Kraft, wo das allgemeine Wirtschaftsabkommen zwischen der niederländischen Regierung und den alliierten Regierungen zu bestehen aufhört.

Noch keine Aufnahme deutsch-italienischer Handelsbeziehungen.

WTB. Berlin, 11. Juli. Die „Deutsche Allg. Zeitung“ meldet: Nach drei Monaten aus München sollen dort wieder Tage über die Wiederanbahnung der Handelsbeziehungen mit Italien in Betrachtungen über die Teilnahme von offiziellen Vertretern der bayerischen Regierung teilzunehmen haben. Wie wir hierzu von unterrichteter Stelle erfahren, entspricht die Regierung nicht den Tatsachen. In Betrachtungen haben kürzlich in Berlin stattgefunden, aber an ihnen waren keine Regierungsvertreter beteiligt, sondern lediglich Interessenten. Zu Abmachungen von allgemeiner Bedeutung ist es dabei übrigens nicht gekommen.

Die Liste der Auszuliefernden.

Basel, 11. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Information“ meldet aus Paris: Die Militärische und fortgesetzt mit der Zusammenstellung der Liste der von Deutschland auszuliefernden Personalitäten beschäftigt. Unter dem Kaiser und dem Kronprinzen stehen eine weitere Mitglieder der Hohenzollernfamilie auf der Liste. Von den Armeeoffizieren wird die Auslieferung des Prinzen Rupprecht von Bayern verlangt werden und nicht die des Herzogs Albrecht von Württemberg. Wohl aber wird die Auslieferung des Generals v. Falkenhayn verlangt werden. Von politischen Persönlichkeiten sollen v. Bethmann-Hollweg, Jagow und Helfferich zur Verantwortung gezogen werden. Auf Grund von Aussagen von deutschen Kriegsgefangenen folgern gewissen französischen Soldaten werden folgende Namen in der Liste aufgenommen zu werden: Die Regierung hat darauf geantwortet, daß sie die Liste der Auszuliefernden bilden.

Holland behält sich freie Ausübung seiner Souveränität vor.

WTB. Haag, 11. Juli. (Drahtnachricht.) Der „Korrespondent“ meldet: Nächtlich eines Korrespondenten über eine Korrespondenz über den früheren Kaiser erklären wir von der letzteren Seite, daß diese keinen Bezug auf die Auslieferung des Kaisers hatte, sondern auf die Möglichkeit einer Flucht des früheren Kaisers und des früheren Kronprinzen. Die Mächte haben am 28. Juni die niederländische Regierung angefordert, im Interesse der Ordnung Maßregeln zu ergreifen. Die Regierung hat darauf geantwortet, daß sie die freie Ausübung ihrer Souveränität vorbehalten will.

Der 21. Juli in Frankreich.

WTB. Rotterdam, 11. Juli. „Daily Telegraph“ meldet: Am 21. Juli haben in Genf die Parteien, Eliaß, Böhler, Zuntz und Mitglieder keine Tage. Nach die Post- und Telegrammenanstalten werden streiken und wollen damit gleichzeitig gegen die Zwangsgewalt und Regierungen protestieren. Generer nehmen die Eisenarbeiter, Metallarbeiter, Salenarbeiter und Bergarbeiter am Streik teil.

Generalsekretär im Pariser Gastwirtsgewerbe.

WTB. Paris, 11. Juli. Die Keller und die Angestellten der Pariser Restaurants, Gasthäuser und Weinhandlungen haben den Generalsekretär beschlossen, der von heute ab in Kraft tritt. Sie verlangen unter anderem den Achtstundentag.

eigenen Betrieb den demokratischen Gedanken nicht zur Durchführung zu bringen, Angestellte und Arbeiter nicht genügend in ihren wirtschaftlichen Forderungen verstehen und dadurch viel Mithimmung geflossen haben. Die Aufgabe der Partei muß es sein, hier bei der Erziehungsbildung zu leisten. Dann werden sich die Gegensätze viel leichter überbrücken lassen, wird wirtschaftliche Demokratie endlich durchgeführt, das heißt, den Wünschen der Masse Rechnung getragen, so sind meistens die Interessengegenstände schon an und für sich gegeben, denn die Arbeitnehmer sind sich darüber klar, daß Forderungen, die die Volkswirtschaft zerstören, letzten Endes auch für sie schädlich sind.

Es muß deshalb festgelegt werden: mit einer innerlich radikal demokratischen und sozial fühlen, den Partei können weite Schichten der Arbeiter, Angestellten und Beamten einig gehen. Ist das nicht der Fall, so trägt die Partei selbst Schuld daran.

Von diesen Gesichtspunkten aus wird der Parteitag an die Ausarbeitung des Parteiprogramms herangehen müssen. Wichtig werden sich die Geister zu scheiden haben, und es lohnt durchaus nichts, wenn Persönlichkeiten, die sich dem demokratischen Geist der Zeit nicht anpassen können, veranlaßt werden, der demokratischen Partei den Rücken zu kehren. Das Parteiprogramm, das uns vorliegt, enthält vieles, was wir keineswegs für richtig halten. Der Parteitag wird sich eine viel härtere Linie herausarbeiten müssen, und es wird sich auch darüber stellen, daß aus der Parteitag nur ein noch unvollkommenes Aktionsprogramm beschließen kann. Die endgültige Formulierung eines Programms, das getragen sein muß von den Ideen, die heute unangefochten im Volke schimmern, wird man einer Kommission übertragen müssen, die zusammengeändert aus den besten Köpfen, die demokratischen Gedanken überlegen haben wird.

Was ist es denn nun, das heute unangefochten im Volk vorhanden ist? Drei Gedanken sind es, die das innere Gefühl der Masse bewegen. Die Gedanken der Demokratie, radikalsten auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und politischen Lebens durchgeführt, der soziale Gedanke als die Auswertung der sozialen Revolution und schließlich das deutsche Gefühl, das Deutschland seinen berechtigten Platz unter den Weltvölkern wieder erobern muß.

Soziale Volksgemeinschaft kann man kurz gefaßt, somit das gefühlsmäßige Streben, das heutzutage vorhanden ist, benennen. Diejenige Partei, die diese soziale Volksgemeinschaft endlich verwirklicht, hat die Führung bei dem Wiederaufbau Deutschlands und auch die Führung der Masse. Wir hoffen, daß der Parteitag der demokratischen Partei sich für diesen Gedankengang einsetzt; dann braucht uns um die Zukunft der Partei nicht bange zu sein, dann hat sie die Zukunft.

Dreißigste Landesversammlung.

WTB. Berlin, 11. Juli.

Präsident Reinert eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 25.

Das Eisenbahnlohnsteuergesetz

leht zur zweiten Beratung.

Berichterstatter Abg. Sauerb (Soz.) beantragt namens des Ausschusses die unveränderte Annahme des Entwurfes, der insgesamt 113 Millionen Mark anfordert.

Minister der öffentlichen Arbeiten Dezer: Die vorgehenden Arbeiter können zu den vereinbarten Preisen nicht durchgeführt werden. Wir müssen die Preise erhöhen. Die Vorlage enthält noch nicht alle Mehrforderungen. Wir werden künftig mit Bauen vorläufiger sein müssen als bisher. Die Preisentlastung der Lebensmittel hat jetzt schon den Wert einer Lohnerhöhung von 50 Prozenten für die Stunde. Die Schleifhandelspreise sind gefallen. Eine Senkung der Kleider- und Schuhwarenpreise ist demnach auch zu erwarten. Das Reich wird dazu 500 Millionen beisteuern. Die finanzielle Gehudung der Beamten und Arbeiter wollen wir dadurch weiter fördern, daß wir auf eine begrenzte Zeit auch die bestehenden Gehälter und Löhne noch aufrechterhalten. Wir müssen uns alle durchbringen lassen von der großen Verantwortung, die auf uns laftet. Tun wir jetzt nicht alle unsere Schuldigkeits, dann ist unser Land nicht mehr zu retten. Ich will die Demokratisierung der Verwaltung. Ich werde mein Programm selbsthand und durchführen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Ribbel, Charlottenburg (Dem.): Die Streiks müssen aufhören. Die Eisenbahner dürfen sich nicht zu politischen Zwecken mißbrauchen lassen. Ich danke dem Minister für seine Erklärungen und bitte ihn, weiter ein Minister der Isolation Tat zu sein.

Abg. Dr. Seelmann (Dn.): Ich bitte die Regierung, den Worten die Tat folgen zu lassen. Die Eisenbahner haben in der Tat die Hand an der Gurgel des Staates. Die Eisenbahner müssen sich ihrer großen Verantwortung bewußt werden.

Abg. Ränger, Oberhausen (D. Vpt.): Das Vorgehen der Verwaltung und die Erklärungen des Ministers finden unsere Billigung. Wir hoffen, daß die Eisenbahner den Weg zur Pflicht und zur Arbeit finden werden.

Abg. Paul Hoffmann (H. S.): Der Vorlage stimmen wir zu. Bei der Reorganisation sollen die Arbeiter nicht bloß gehört werden, sondern sie sollen ein Mitspracherecht haben. (Als der Redner des Staatsministeriums der Verteilung von Ämtern beabsichtigt, wird er zur Ordnung gerufen.)

Abg. Bunt (Hr.): Ich stimme dem Entwurf zu. Von den Beamten und Arbeitern müssen wir Disziplin verlangen.

Abg. Sauerb (Soz.): Die politischen Drahtzieher haben den Eisenbahnerstreik herbeigeführt, um der Regierung die Möglichkeit für die Herabsetzung von Lebensmitteln und damit zur Zufriedenstellung der Eisenbahner zu nehmen. (Lärm bei den Unabh. Soz.)

Die Vorlage wird in zweiter und ohne weitere Aussprache auf die dritte Lesung und im ganzen angenommen. Hieran wird die zweite Beratung des Ministeriums des Innern fortgesetzt.

Abg. Rudolph (Dem.) erfaßt die Regierung in einer förmlichen Anfrage um Auskunft über die Behanda-

lung der von den Polen festgehalten Geiseln und Gefangenen, die jeder Menschlichkeit Sohn spreche.

Ein Vertreter des Kriegsministeriums: Gegen die völkerverwidrige Behandlung der Geiseln und Gefangenen hat General Rudolph wiederholt Einspruch erhoben. (Hört, hört!)

Abg. Dr. v. Richter (D. Vpt.) erfaßt um Auskunft über den Umfang der Mitwirkung der Arbeiter- und Soldatenräte in der Stadt- und Gemeindevverwaltung, ferner über die Grundzüge bei der Anstellung und Entlassung von Staatsbeamten. Es sind viele Beamte lediglich deshalb entlassen worden, weil sie nicht auf dem politischen Standpunkt der Regierung stehen. Gegen die Ernennung der jetzigen Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein und Schloßen und gegen den Regierungspräsidenten von Frankfurt an der Oder haben wir besonders große Bedenken.

Minister des Innern Seine: Die von mir schon früher mitgeteilten Grundzüge über die Beamtenernennung haben seinerzeit größtenteils auch die Billigung des Vorredners gefunden. Die preussische Regierung hat Herrn von Richter in Schutz genommen gegen solche Personen, die an seiner politischen Auffassung Anstoß nahmen. Wir denken nicht daran, einen Herrn bloß wegen seiner Geinnungsauffassung auf einen bestimmten Platz zu stellen. In der Frage nach der Geeignetheit sind wir äußerst sorgsam und gewissenhaft. Und trotzdem kann da und dort ein Mißgriff passieren. Wir werden niemanden der Geinnung wegen verjagen. Uebrigens wird die Regierung den Hauptteil ihres Beamtenernennungsrechts in die Hände der Kommunalverwaltungen legen. Dadurch begibt sie sich eines Mittels, aber mit einem politischen Leben. Die Schulung in den Gesellschaften ist so gut, daß viele daraus hervorgegangene Männer sehr wohl zu hohen Staatsämtern geeignet sind.

Abg. Ledemann (Soz.): Ist der Regierung bekannt, daß technisch Angelegte wegen ihrer Tätigkeit im Gemeinwesen willkürlich entlassen worden sind?

Minister Seine: Es gibt kein Gesetz, das es einem Arbeitgeber unmöglich macht, einem Angestellten wegen seiner Tätigkeit als Stadtratsmitglied zu kündigen.

Dienstag 1 Uhr: Fortsetzung, vorher keine Anfragen, Gemeinderat der Frauen, kleinere Vorlagen. Schluß 6¼ Uhr.

Unzweifelhaft gegen Willstis Planwirtschaft.

Berlin, 11. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Wie man uns von zuverlässiger Stelle mitteilt, liegt jetzt ein Ministerialentscheidungsprotokoll vor, aber nach der Stellung des Kabinetts zur Planwirtschaft und nach der Fassung der mehrheitlich sozialistischen Forderung der Nationalversammlung ist es kaum möglich, daß Willstis sein Amt verläßt. Das Kabinett hat sich unabweisend gegen die Willstis-Planwirtschaft festgelegt.

Keine Neubildung der sächsischen Regierung.

WTB. Dresden, 11. Juli. Die Verhandlungen der sozialdemokratischen Parteivollversammlung mit der Unabhängigen-Fraktion wegen der Neubildung der sächsischen Regierung sind resultatlos verlaufen. Die Unabhängigen wollten die Beteiligung an der Regierung drei Bedingungen stellen: die Bildung der Ministerien, die Führung der Regierung und die Verwaltung der Finanzen. Die sozialdemokratische Fraktion glaubt, auf diese Vorbedingungen nicht eingehen zu können, und so haben sich die Verhandlungen mit der Unabhängigen Fraktion zerlegt. Da im gegenwärtigen Augenblick auch die demokratische Fraktion keinen besonderen Wert mehr auf den Eintritt einer ihrer Mitglieder in die Regierung legt, wird die gegenwärtige mehrheitssozialdemokratische Regierung vorläufig am Ruder bleiben. Im Laufe des Monats August sollen jedoch die Beziehungen zwischen den einzelnen Parteien behufs Umbildung der Regierung von neuem aufgenommen werden.

Zunahme des Terrors in Oberschlesien.

Dynamitattentate.

Oppeln, 11. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Der Terror in Oberschlesien nimmt täglich zu. Insbesondere häuften sich die Dynamitattentate. Nachdem dem Direktor der Donnersmarthütte bei Oppeln eine Dynamitbombe in seinem Wohnhause zur Explosion gebracht worden war, wurde in der nächsten Nacht in das Schlafzimmer eines Wächters eine Bombe geworfen, die aber nur geringen Schaden anrichtete. Insbesondere ist es der Wächter Bepfel, in dem der Terror mit größter Rücksichtslosigkeit gefährt wird. Als Beweis dafür wird der Mord an dem Lehmann Steffens angeführt, der bei einem Patronenknall durch die Revolverkugel getötet wurde, weil er ein aufrehtes polnisches Plakat hatte entfernen lassen. Die Raubüberfälle durch Banden nehmen überhand.

Abschluss des Streiks in Oberschlesien.

WTB. Katowitz, 11. Juli. Die Pressestelle des Staatskommissariats schreibt: Der Streik im Wschlitz Revier ist abgeschlossen. Donnersmarthütte tritt zwar noch, die Arbeiterklasse hat aber gestern beschlossen, am Montag wieder in die Arbeit einzutreten. Auch auf den übrigen Gruben des Wschlitz Reviers ist die Wiegung vorhanden, am Montag wieder die Arbeit aufzunehmen.

Blutige Zusammenstöße in Warschau.

Oppeln, 11. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Wie aus Sowwisch mitgeteilt wird, kam es in der ersten Julihälfte in Warschau zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Kommunisten und dem Militär. Die Beschießungen, Kommunismen und die sozialdemokratische Parteileitung erlitten einen Verlust von Generalleutnant. Die Streifenbahnen liefen den Betrieb ein. Zeitungen erschienen nicht. Auch die Beleuchtung verlag.

Die Unabhängigen gegen die Polen.

WTB. Berlin, 11. Juli. Wie die „B. Z.“ erfaßt, erklärte der Führer der unabhängigen Sozialisten in Gleiwitz, Kas, in einer Versammlung, bei der bevorstehenden Abstimmung müsse der Kampf den Polen gelten. Jeder müsse sich bestimmen, ob er deutsch von Geburt und Geinnung sei, und alles von deutscher Kultur und Geinnung empfangen habe.

Selbstverständlich sei, daß alle Parteigenossen ihre Stimmen für das Deutschstum abgeben müssen.

Programm des neuen tschechischen Ministerpräsidenten.

WTB. Prag, 11. Juli. In der Nationalversammlung hielt Ministerpräsident Tolar keine Programmrede, in der er bezüglich der Slowakei erklärte, die Verhältnisse seien noch nicht sonderbar. Man müsse nicht dabei auf die Bemerkungen Rücksicht nehmen. Er dankte Frankreich und Großbritannien für ihre Hilfe gegen die Bestrebungen der bürgerlichen Freiheiten werde aufgehoben werden, sobald die Slowakei nicht mehr bedroht sei. In der äußeren Politik würden weiterhin die freundschaftlichen Beziehungen zu den Alliierten gepflegt und vertieft. Mit allen übrigen Staaten sollten gute Beziehungen aufrechterhalten werden. Ueber die innere Politik sagte der Ministerpräsident, daß für das Zusammenleben mit den nationalen Minderheiten die Prinzipien der Demokratie Geltung haben sollten, die für die Bürger des Staates Gleichheit vor dem Gesetz bedeuteten. Zur Ernährungsfrage bemerkte Tolar, das Getreide solle weiter staatlich kontrolliert werden. Die Regierung wolle dem Abbruch von Handelsverträgen besondere Aufmerksamkeit widmen. Der Export von Rohprodukten solle die Regierung die größte Aufmerksamkeit schenken unter Berücksichtigung der Kräfte des Sozialismus und der Ideen des arbeitenden Volkes, wobei sie sich aber bewußt sei, daß der Produktionsmechanismus seine auskömmlichen Eingriffe vertrage.

Tschecho-slowakische Rüstungen gegen den Bolschewismus.

WTB. Wien, 11. Juli. Auf eine Anfrage des Prager Korrespondenten der „Neuen Freien Presse“ nach dem Zweck der tschecho-slowakischen Rüstungen nach dem Friedensschluß erklärte der Oberkommandant der tschecho-slowakischen Armee General Pella, es gebe keinen ungarischen oder russischen, sondern nur einen einheitlichen Bolschewismus, dessen Ziel die gleichen seien. Verschiebe heute fragte der Wien des Bolschewismus, so nehme dieser nach Deutschland oder Westeuropa weiter seinen Weg. Bei einem Angriff der Bolschewisten gegen Deutschland würden große Vorräte an Vorräten, Banden und Munitionsfabriken in die Hände Ungarns fallen, wodurch der Bolschewismus neuerdings bedeutend gestärkt würde. Die wirklich gefährliche Zeit kommt erst im Herbst, da ein allgemeiner Bolschewismusangriff für diese Jahreszeit vorbereitet wurde.

Die Verstillung des österreichischen Eisenbahnenetzes

WTB. Saint-Germain-en-Laye, 11. Juli. Staatskanzler Renner hat Clemenceau eine Note überreicht lassen, in der gegen die Verstillung des deutsch-österreichischen Eisenbahnenetzes durch die Friedensbedingungen Einspruch erhoben wird. Gerabuzi protestiert gegen die Verstillung der östlichen und nördlichen Linien. Die bei Deutsch-Österreich verbleibenden Reste wiesen Längen von 42 bis 164 Kilometern auf. Für diese Linien befinden sich in Wien große Kapazitäten mit gemaltigen Anlagen und Betriebsstoffen, die in keinem Verhältnis mehr zu dem erzielbaren Ertragnisse länden. Das verstillte Bahnnetz sei augenblicklich in trostlosem Zustande. Deutsch-Österreich verfüge nicht über die Mittel zum Wiederaufbau. Die von dem verstillten Eisenbahnenetze würden durch die Friedensbedingungen zum Teil unverfügbare Beschäftigungen aufgelegt. Zu ganz untraglichen und unmöglichen Verhältnissen müßte es führen, wenn den anderen aus der österreichisch-ungarischen Monarchie hervorgegangenen Staaten Rechte eingeräumt würden, die Deutsch-Österreich gegenüber verweigert würden. Weiter wendet sich die Note dagegen, daß nach den Friedensbedingungen der Schiffsparc der deutsch-österreichischen Schiffbauergesellschaften und ihre Anlagen aufgeteilt und gegen Entschädigung abgelöst werden sollen. Dies bedeute praktisch eine Beeinträchtigung des Donauverkehrs und wirtschaftlich die Entziehung eines der wichtigsten Mittel Deutsch-Österreichs, sich Nahrungsmittel und Rohstoffe zu beschaffen. Auch bei den Verkehrsfragen werde die Regelung im Friedensvertrag nur gegenüber jenen möglich sein, mit denen Österreich sich im Kriege befaßt habe. Das Verhältnis der Gebiete der früheren Monarchie untereinander könnte dagegen nur durch einen Ausgleich unter Leitung der Großmächte rational geordnet werden.

Die Friedensverhandlungen mit Bulgarien

WTB. Versailles, 11. Juli. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben die bulgarische Regierung aufgefordert, zum 25. Juli eine Friedensdelegation nach England zu entsenden.

Die deutschen Opfer von Scapafrow

WTB. Berlin, 11. Juli. Wie verlautet, hat ein aus Scapafrow zurückgekehrter Offizier gemeldet, daß dort Korvettenkapitän Schumann und mindestens fünf Mannschaften ums Leben gekommen sind.

Die Verhandlungen im Berliner Verkehrsstreik.

Berlin, 11. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Zwischen der Streikleitung und dem Zentralverband des Transportarbeiterverbandes haben heute vormittag Beratungen stattgefunden, um eine Grundlage zu diesen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband zu finden. Es ist dann jedoch der Leitung des Transportarbeiterverbandes beim Vorstehenden des Arbeitgeberverbandes telegraphisch angefragt worden, ob die Arbeitgeber zu direkten Verhandlungen bereit seien. Diese Frage ist bejaht worden, so daß voraussichtlich am morgigen Sonntag direkte Verhandlungen eingeleitet werden dürfen. Nachdem man nun auch in der Art der Verhandlungen eingesehen hat, daß der Streik nicht weiter fortgesetzt werden kann, ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß der Streik auf die eine oder andere Weise bald beendet werden wird.

Eine einmalige Fettsulage.

Berlin, 11. Juli. Nachdem bereits der Ernährungsminister vor wenigen Tagen erklärt hat, daß eine Verbesserung der Lebensmittelförderung zu verbilligten Preisen eintreten soll, wird zur Behebung des dringendsten Fettmangels im Laufe des Juli eine einmalige Fettsulage von ausländischem Speisefett in Höhe von 200 Gramm ausgegeben werden.

